

**Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion zum Haushalt
2026 des Ostalbkreises in der Sitzung des Kreistages am
Dienstag, 25. November 2025**

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Welt befindet sich gegenwärtig ohne Zweifel in Unordnung. Oder ist es nur das Momentum, in dem eine neue Ordnung entsteht?

Auf jeden Fall erleben wir, dass sich in der Welt sehr viel verändert. Neue globale politische Partnerschaften und Bündnisse werden geschmiedet. Die politischen Instrumente der uns bekannten Ordnung werden infrage gestellt. Und die Spielregeln des freien Handels mit sicheren globalen Lieferketten geraten zunehmend unter Druck und werden durch protektionistische und machtpolitische Strategien ergänzt.

Lange Zeit hat der sog. Westen die Spielregeln der Weltwirtschaft dominiert. Nun treten neue Akteure auf den Plan, die sich sehr gut vorbereitet haben, die Volkswirtschaften der westlichen Welt herauszufordern.

Deutschland erlebt diesen Prozess gerade vor allem in der Erstarrung eines drohenden Abstiegs. In der German Angst, dass wir und unser Wohlstand den Anschluss verlieren. Anstatt die Herausforderung anzunehmen und uns darauf zu besinnen, was wir können, was wir sind und dass wir noch immer die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt darstellen, stimmt man in Deutschland im Moment allzu leicht in das Lamento über den drohenden Niedergang ein.

All das scheint sich wie Mehltau über das Land zu legen und die Dynamik darauf angemessen und schnell zu reagieren zu ersticken.

Sind wir noch die Macher des „German Engeneering“, sind wir noch das Land, zu dem andere aufschauen? Trauen wir uns noch etwas zu? Ob der gegenwärtigen inneren Verfassung unseres Landes kann man da schon Zweifel bekommen.

Da kam am 26. Oktober eine Nachricht, die mich wirklich sehr elektrisiert hat. In einem Bürgerentscheid haben 2/3 der Münchner für eine Bewerbung für Olympia gestimmt. München hat **JA!** gesagt.

Tatsächlich. Unglaublich. Wir können es noch und wir trauen uns ja doch noch etwas zu. Da glauben 66 Prozent der Bevölkerung daran, dass wir etwas wuppen können. Dass wir es mit anderen aufnehmen können. Dass wir etwas anpacken!

Das war für mich persönlich nicht nur ein Signal, wie es geht. Es war auch ein Weckruf für die Politik, dass man den Wählerinnen und Wählern tatsächlich etwas zutrauen kann, wenn es in dieser schwierigen Zeit gilt nach vorn zu blicken. Der Souverän jedenfalls hat ein klares Zeichen gesetzt. Das sollte auch uns im Kreistag Mut und Zuversicht geben, dass mehr Menschen bereit sind Zukunft zu gestalten, als wir es vielleicht manchmal meinen.

Bemerkenswert ist hingegen auch, wie in anderen Teilen unseres Landes mit demselben Thema umgegangen wird. In einer aktuellen, repräsentativen Umfrage des Civey-Marktforschungsinstituts dagegen sind 67 Prozent der Berliner gegen eine Bewerbung der Hauptstadt für die Olympischen Spiele.

Nun gut. Vielleicht wissen wir jetzt warum unsere Finanzausgleichsmilliarden ihren Weg zwangsläufig nach Berlin finden. Und vielleicht erahnen wir, warum es in Teilen der Republik noch ganz gut funktioniert und in anderen eher nicht.

Klinikdefizite schneller reduzieren

Angesichts der aktuellen Haushaltsslage des Ostalbkreises wird sehr deutlich, dass gerade wir im Kreistag aufgefordert sind, den Problemen, die uns gegenwärtig herausfordern mit klugen und mutigen Entscheidungen zu begegnen und die notwendigen Schritte in eben diese Zukunft zu gehen.

Beispielhaft sei hier unser Plan zur Neustrukturierung unserer Kliniklandschaft genannt. Lange, zu lange, haben wir versucht die Veränderungen beiseite zu schieben, die die Krankenhauspolitik von Bund und Land uns beschert haben. Die Einsicht der Notwendigkeit auf Veränderung war wohl schon da, aber die Hoffnung, dass alles so bleiben könne wie es ist, war vielfach stärker. Ganz nach der bekannten Weisheit „Wer sich nicht bewegt, der wird bewegt!“ haben uns schließlich erst die enormen Defizite zum entschlossenen Handeln gebracht.

Freilich haben wir vielleicht 10 Jahre zu spät reagiert. Aber das beschlossene Klinikkonzept ist nun ein echter großer Wurf für die Zukunft der klinischen Versorgung der Menschen im Ostalbkreis.

Mit dem geplanten neuen Klinikum in Essingen wird ein hochmodernes Krankenhaus entstehen, das unserer Bevölkerung medizinische Versorgung auf ganz hohem Niveau anbieten wird. Die Angebote werden gebündelt und die Fachdisziplinen an einem Ort zusammengefasst, sodass eine Versorgung für die Patienten möglich wird, wie wir sie bisher an keinem unserer Klinikstandorte in dieser Form anbieten konnten.

Zusammen mit den Standorten in Mutlangen und Ellwangen wird ein schlüssiges Konzept Wirklichkeit, das Erreichbarkeit und Qualität vereint. In diesem Zusammenhang ist es richtig und wichtig, das Angebot der SRH für Ellwangen genau zu prüfen und zu bewerten, sobald etwas Belastbares vorliegt. Auch private Impulse können uns auf dem Weg zu unserem Ziel helfen.

Bis dorthin ist es von allergrößter Bedeutung, dass wir schon jetzt viel Energie darauf verwenden, effektive und mit Hilfe der Digitalisierung sehr moderne Strukturen schaffen, um Essingen zum Fliegen zu bringen.

Bis dorthin muss Aalen weiterhin voll funktionsfähig bleiben, um die umfassende Versorgung unserer Bevölkerung sicherzustellen.

Auch wir haben **JA!** gesagt. Zu Qualität, zu Leistungsfähigkeit, zu einem großen Schritt in die Zukunft dieses Ostalbkreises!

Besonders bemerkenswert ist für mich, wie professionell und solidarisch die Gemeinde Essingen die erforderlichen Schritte zu unserem neuen Klinikum begleitet. Dort sind echte „Möglichmacher“ am Werk. Davor habe ich großen Respekt und sage an dieser Stelle: Herzlichen Dank!

Obwohl manch immer wieder recht kleinteilig geführte Diskussion vielleicht manchmal einen anderen Eindruck vermitteln mag - aber vielleicht, erlauben Sie mir diesen Vergleich um bei Olympia zu bleiben, ist das für uns im Ostalbkreis auch solch ein Olympia-Moment, den die Münchener sich vor kurzem beschert haben.

Das sollte uns ermutigen mit viel Pragmatismus, Sachverstand und einer großen Portion gesundem Menschenverstand auch weiter Dinge möglich zu machen und die Probleme anzupacken, die es zu lösen gilt. Das ist unsere Aufgabe. Nicht das Lamento.

Vor der Schlange in Erstarrung sitzen zu bleiben, hat noch keinem Kaninchen eine gute Zukunft beschert.

Haushalt weiter konsolidieren

Das gilt ganz besonders für unseren Haushalt. Hier gilt es weiter aktiv an den Zahlen zu arbeiten, soweit dies in unserer Macht steht.

Mit nun fast 1,2 Mrd. Euro Gesamtvolumen haben wir erneut eine Steigerung um fast drei Prozent. Davon entfallen auf den Kernhaushalt etwa 2/3 und auf die Kliniken etwa 1/3 des Volumens. Die Sozialausgaben machen ebenfalls 1/3 des gesamten Haushaltvolumens aus. 2/3 entfallen also auf die Kliniken und auf Soziales, weshalb beiden Bereichen unsere größte Aufmerksamkeit gelten muss.

Die Kreisumlage stellt erneut den zentralen Faktor für die Finanzierung der Landkreisaufgaben dar. Erfreulicherweise ist die Steuerkraftsumme des Ostalbkreises erneut gestiegen. So erreicht die Kreisumlage mit 266 Mio. Euro trotz Senkung des Hebesatzes um 1 Punkt auf 36,9 Punkte erneut einen Rekordwert.

Damit hat der Ostalbkreis den zweithöchsten Hebesatz der Kreisumlage der Landkreise im Regierungspräsidium Stuttgart. Auch beim Kreisumlageaufkommen pro Kopf liegen wir an der zweiten Stelle und etwa 100 Euro pro Kopf über dem Durchschnitt des Regierungsbezirks.

Für die Städte und Gemeinden ist das angesichts ihrer eigenen Haushaltsprobleme sicher ärgerlich. Einige Ausführungen waren dazu ja in den Medien zu lesen, wie etwa aus Aalen. Die hohe Kreisumlage macht es ohne Zweifel deutlich schwerer in dieser Zeit die Haushalte im Griff zu behalten und die Leistungen anzubieten, die der Bürger sich wünscht.

Dennoch - und das gehört auch zur Ehrlichkeit - ist die Kreisumlage beileibe nicht die einzige und schon gar nicht die alleinige Ursache für Haushaltsprobleme in den Kommunen. Bäderdefizite oder Personalkosten sind halt dann doch hausgemacht.

Trotz Rekordkreisumlage weist der Haushaltsplan für 2026 erneut ein negatives Ergebnis von 16,3 Mio. Euro auf. Freie Mittel für Investitionen werden nicht erwirtschaftet. Es werden Kredite in Höhe von 22,5 Mio. Euro benötigt. Dies sind allerdings fast 16 Mio. Euro weniger als im letzten Jahr. Dennoch steigt die Verschuldung voraussichtlich auf fast 115 Mio. Euro. Das ist der höchste Stand seit dem Jahr 2000.

Insbesondere der Verschuldung sollte unsere Aufmerksamkeit gelten. Angesichts großer bevorstehender Investitionen müssen wir uns Spielräume erhalten. Aus diesem Grund plädiert die CDU-Fraktion dafür, die Mittel aus der Einmalzuweisung des Landes an die Kommunen in Höhe von 4,3 Mio. Euro für den Ostalbkreis für die Reduzierung der Kreditaufnahme oder für die Schuldentlastung einzusetzen.

Um Luft im Haushalt zu bekommen und auch die Möglichkeit zu haben, die Städte und Gemeinden zu entlasten, muss aus Sicht der CDU-Fraktion das Defizit der Kliniken so schnell wie möglich reduziert werden. 60 Mio. Euro Defizit sind über 8 Punkte Kreisumlage. Selbst eine Senkung um 20 Mio. Euro würden fast 3 Punkte Kreisumlage entsprechen. Wenn wir also über die Höhe der Kreisumlage und eine schnelle Entlastung der Städte und Gemeinden diskutieren, dann spielt hier die Musik! Und hier haben wir es selbst in der Hand.

Es gilt also das Klinikkonzept konsequent und möglichst zügig umzusetzen. Wir sehen, dass die Verwaltung entschlossen daran arbeitet und wir auf einem guten Weg sind. Die CDU-Fraktion möchte die Klinikverwaltung ausdrücklich dazu animieren, den Abbau der Doppel- und Dreifachstrukturen beschleunigt umzusetzen, falls dies möglich ist. Gleiches gilt für den Klinikneubau in Essingen. Jeder Tag, den wir schneller sind, ist ein guter Tag für unsere Finanzen.

Sozialausgaben bändigen

Bedenklich ist, dass die Leistungen für die Sozialaufwendungen mit einem Zuschussbedarf von sage und schreibe 206 Mio. Euro trotz Rekordeinnahmen aus der Kreisumlage kaum mehr zu finanzieren sind. Erst gestern kam die Nachricht, dass Deutschland Spitzenreiter bei den Sozialausgaben in Europa ist und die skandinavischen Länder überholt hat. Diese Entwicklung zerstört unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand. Das ist die zweite große Baustelle in unserem Haushalt. Und hier haben wir es leider nicht selbst in der Hand!

Bund und Länder bestellen und die Kommunen haben zu bezahlen. In einzelnen Bereichen, wie etwa dem Bundesteilhabegesetz, wird dies besonders deutlich. Bei einer Steigerung des Zuschussbedarfs von 64,13 Mio. im Jahr 2020 auf nunmehr über 100 Mio. Euro im Jahr 2026 kommt kein kommunaler Haushalt mehr mit.

Wir fordern Bund und Land auf, die Kosten zu dämpfen oder besser noch zu reduzieren. Unsere Abgeordneten egal welcher Partei und egal in welchem Parlament müssen sich egal auf welcher Ebene dafür einsetzen. Sowohl der Katalog der Leistungen, als auch der Kreis der Berechtigten müssen auf den Prüfstand. Insgesamt muss eine konsequente Aufgabekritik erfolgen.

Wir haben deutlich über unsere Verhältnisse gelebt. So können wir nicht mehr weiter machen! Zumal die Kommunen bei den Ausgaben gar nicht mitzusprechen haben und das Prinzip der Konnexität massiv verletzt ist.

„Nichts ist in der Regel unsozialer als der so genannte Wohlfahrtsstaat, der die menschliche Verantwortung und die individuelle Leistung absinken lässt.“, das ist ein Zitat von Ludwig Erhard.

Wir erleben gerade den ausufernden Wohlfahrtsstaat, der sich vorgeblich um alles kümmert und bald am Ende seiner Leistungsfähigkeit ist. Und wir erleben das Absinken der individuellen Leistungsbereitschaft, wie es das in Deutschland noch nie gegeben hat.

Ja! Es besteht ein Zusammenhang zwischen Arbeit und sozialer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Und Ja! Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen Leistungsbereitschaft und Wohlstand. Wir müssen dringend unser Mind-Set wieder an die Realität anpassen!

Wenn wir hinsichtlich der Arbeitskosten bereits mit Ländern wie der Schweiz nicht mehr wettbewerbsfähig sind, dann sollten wir sehr schnell darüber nachdenken, wie wir das ändern. Der Verlust von wertvollen Arbeitsplätzen, der Existenzgrundlage vieler Menschen, wird sonst unweigerlich die Folge sein.

Kommunale Haushalte sichern

Ohne deutliche Korrekturen werden wir diese Kosten im Sozialbereich nicht mehr tragen können. Die Haushalte der Kommunen werden völlig in Schieflage geraten. Die Probleme sind dann nicht mehr monetärer Art, sondern strukturell. Wir werden dann wohl teilweise Aufwendungen in diesem Bereich mit Krediten bezahlen müssen. Damit aber, meine Damen und Herren, werden sich die eigentlich bisher recht solide finanzierten baden-württembergischen Kommunen in wenigen Jahren in den Kreis der sog. Altschuldengemeinden aus NRW einreihen. Dort werden schon einmal Ausgaben ab 5000 Euro von der Rechtsaufsicht einzeln genehmigt. Das würde uns zwar manche Diskussion im Kreistag ersparen, es wäre aber auch das Ende der kommunalen Selbstverwaltung.

Soweit darf es definitiv nicht kommen. Die Kommunen sind auskömmlich zu finanzieren. Und auskömmlich heißt, auch jene Mittel zur Verfügung zu haben, die uns Gestaltungsfreiraume dafür lassen unser eigenes Lebensumfeld und das unserer Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu gestalten. Man nennt das Freiwilligkeitsleistungen. Es ist aber nicht freiwillig, sondern die Würze der Kommunalpolitik. Wir alle haben nicht den Anspruch zum reinen Erfüllungsgehilfen des Gesetzgebers zu werden. So verstehe ich die Rolle von kommunalen Mandatsträgern und von kommunalen Gremien nicht.

Die Verantwortlichen in Bund und Land müssen schnell handeln. Denn auf der kommunalen Ebene erlebt der Bürger, ob sein Land funktioniert. Wenn auf der kommunalen Ebene einmal das Vertrauen verloren geht, dort wo der Bürger den unmittelbaren Kontakt zu seinen Vertretern hat, dann ist unsere Demokratie tatsächlich in Gefahr.

Die größte Gefahr für die Demokratie sind nicht Wahlergebnisse, die einem je nachdem wie sie gerade ausfallen besser oder schlechter gefallen. Die Wähler mit ihrem Wahlverhalten ja gar nicht die Demokratie abwählen. Trotz aller Schwächen wollen die Bürgerinnen und Bürger keineswegs eine andere Staatsform. Vielmehr erwarten sie von den politisch Verantwortlichen einfach nur, dass ihre Probleme gelöst und dass ihre Sorgen, Ängste und Bedürfnisse gehört und in gute Politik umgesetzt werden.

Wir sind dem Land Baden-Württemberg für die Einmalzahlung über den Finanzausgleich in Höhe von 550 Mio. Euro für das Jahr 2026 sehr dankbar. Das ist ein Zeichen der Solidarität mit der kommunalen Ebene. Ebenso sind wir dankbar für die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes, auch wenn wir diese am Ende bezahlen müssen. Doch erlauben Sie mir diese Anmerkung: All dies löst nicht die strukturellen Probleme unserer Haushalte in den Städten, Gemeinden und Landkreisen!

Beispiel Krankenhäuser. Ein Teil des Defizits ist hausgemacht. Daran arbeiten wir gerade mit deutlichen Schmerzen in Teilen des Kreises. Von 60 Millionen entfallen aber etwa 30-40 Millionen auf die Unterfinanzierung der Krankenhäuser, bei denen jetzt erneut gespart werden soll. Das allein macht 4 bis 5,5 Punkte Kreisumlage aus. Nimmt man die immensen Sozialkosten hinzu, so zum Beispiel allein das Bundesteilhabegesetz, dann kommen allein durch die Steigerung des Zuschussbedarfs seit 2020 weitere Millionenbeträge dazu. So kommt man leicht auf 8 bis 10 Punkte Kreisumlage. Ich denke nicht, dass irgendeine Stadt oder Gemeinde im Ostalbkreis Haushaltsprobleme hätte, würden diese Leistungen durch Bund und Land auskömmlich finanziert.

Was können wir aber selbst im Sozialbereich tun. Wenig genug. Wir wissen um den harten Job, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade im Sozialbereich für uns leisten. Dafür wollen wir ausdrücklich an dieser Stelle danken! Wir bitten aber die Verwaltung darum, den Einsatz des Personals im Sinne des Gesamtpersonalkörpers hier und da zu hinterfragen. Können Leistungsanträge schneller beschieden werden, wenn Personal umgeschichtet wird? Ist es sinnvoll Personal eher in Kontrollen einzusetzen, um Ausgaben zu reduzieren? Kann man über Umschichtungen innerhalb des Personalkörpers insgesamt an anderer Stelle etwas erreichen? Hier vertrauen wir auf die Expertise der Verwaltung.

Personalkosten weiter senken

Beim Personal wollen wir in diesem Jahr keine konkreten Vorschläge zu Einsparungen machen. Die gefassten Beschlüsse sind umzusetzen. Die permanente Aufgabenkritik muss jedoch ein Dauerläufer in unserer Verwaltung sein. Nach wie vor sind viele Beauftragtenstellen und vergleichbare Arbeitsplätze zu hinterfragen und ggf. Korrekturen vorzunehmen. Wir erwarten auch weiterhin einen kritischen Blick der Verwaltung auf den Personalkörper und Einsparungen zu realisieren, falls möglich. Die Erhöhung der Personalausgaben ist mit 1,22 Prozent sehr moderat geplant und zeigt uns die Bemühungen, die Kosten im Griff zu behalten.

Angesichts der demographischen Entwicklung und des Umstandes, dass die Landkreisverwaltung in den nächsten 10 Jahren 25 Prozent ihrer Mitarbeiter altersbedingt verlieren wird, muss man davon ausgehen, dass möglicherweise nicht mehr jede Stelle besetzt werden kann. Dafür müssen dann Verwaltungsabläufe effizienter und mit weniger Personal erledigt werden. Die CDU-Fraktion fordert die Verwaltung auf, den Einsatz von KI und digitalen Leistungsangeboten in allen Bereichen zu prüfen und diese verstärkt einzusetzen.

Zudem Herr Landrat nehmen wir Sie im Sinne der dringend erforderlichen gesteigerten Entwicklungsdynamik im Ostalbkreis und des Bürokratieabbaus als Entlastung für Wirtschaft, Bürger und Kommunen beim Wort, dass die Landkreisverwaltung eine umsetzende und ermöglichende Verwaltung bleibt und noch mehr dazu wird. Das Ermessen muss bei Entscheidungen wieder verstärkt genutzt werden, um gute Dinge schneller auf den Weg zu bringen. Wir bitten Sie ausdrücklich zu prüfen, wo das Regelbefreiungsgesetz des Landes angewandt werden kann, um Bürokratie auf der Ostalb abzubauen.

Die CDU-Fraktion haben Sie auf Ihrer Seite!

ÖPNV als Problemduerschleife

Ein weiterer Problembereich für den Haushalt ist nach wie vor der ÖPNV. Auch hier befinden wir uns in einer Dauerschleife, wie früher bei den Krankenhäusern. Ich denke wir haben erste Schritte hin zu einer Konsolidierung gemacht. Wir bitten Sie aber weiter mit den Busunternehmen im Gespräch zu bleiben, um ggf. weitere Vorschläge für sinnvolle Einsparungen zu erhalten.

Zudem bitten wir Sie, die Kilometerkosten der Unternehmen zu überprüfen, da ja mittlerweile in vielen Landkreisen in Baden-Württemberg die Ausschreibungen der ÖPNV-Leistungen gelaufen sind und man die Erfahrungen sicher auch auf den Ostalbkreis übertragen kann. Abgeleitet daraus, sollte auch erneut eine Diskussion der Möglichkeit der Ausschreibung im zuständigen Ausschuss erfolgen.

Weiter in die Zukunft investieren

Erfreulich ist, dass der Ostalbkreis trotz schwieriger Haushaltslage in diesem Jahr 41 Mio. Euro an Investitionen plant. Es muss weiter unser Ziel sein, aktiv an einer guten Entwicklung der Ostalb zu arbeiten.

Ob es allerdings sinnvoll ist, die Unterhaltungsmittel für unsere Liegenschaften auf Dauer so niedrig zu halten, bezweifeln wir, da dies auf Kosten der Substanz erfolgt. Gleiches gilt für den Mitteleinsatz für die Kreisstraßen.

Ob die Schwerpunktsetzung des Landes auf den Ausbau von Radwegen in der jetzigen Situation sinnvoll ist, darf auch bezweifelt werden, auch wenn es sehr hohe Zuschüsse gibt. Der Bürgerentscheid in Schwäbisch Gmünd hat gezeigt, was die Bürgerinnen und Bürger letztlich davon halten. Gegenwärtig werden ganz andere Probleme offensichtlich. Zudem resultieren daraus Unterhaltungslasten in der Zukunft, die vergleichsweise wenig zum Erfolg des Ganzen beitragen. Der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg sollte vielmehr klare Prioritäten setzen, die auf Wachstum, Beschäftigung und Wertschöpfung einzahlen.

Hilfreich bei den Investitionen ist der kommunale Anteil am Sondervermögen des Bundes, den der Ostalbkreis erhalten wird. Über 12 Jahre verteilt erhält der Ostalbkreis eine Gesamtsumme von fast 55 Mio. Euro.

Ihrem Vorschlag zum Einsatz der Mittel können wir aber noch nicht ganz folgen. Dies liegt vor allem an dessen Pauschalität. Wir sind der Meinung, die Mittel müssen für Maßnahmen eingesetzt werden, die Haushaltswirksamkeit entfalten und eine Entlastung bei der Verschuldung erzielen. Unser Vorschlag ist, konkrete Maßnahmen und Projekte einzubringen und den jeweiligen Effekt darzustellen. Dann sollte gemeinsam eine Priorisierung der Maßnahmen erfolgen.

Die zusätzlichen Investitionen in die Unterhaltung unserer Kreisstraßen begrüßen wir ausdrücklich, weil sie unmittelbar dem Substanzerhalt dienen.

Sehr positiv läuft in unserer Wahrnehmung der Bau des neuen Landratsamtes auf dem Uniongelände. Wir konnten bisher erhebliche Kosten einsparen und die Nutzung wird die Verwaltung effizienter machen und die Kosten für die Unterbringung von Verwaltungsteilen in Fremdimmobilien stark reduzieren.

Sehr erfreulich ist der Abschluss des Planungs- und Finanzierungsvertrages für den Ausbau der Brenzbahn. Der CDU ist es gelungen, die Finanzierungsbedingungen deutlich zu verbessern. Die Anbindung an den starken Wirtschaftsraum Ulm wird für den Ostalbkreis und den Bahnknoten Aalen wichtige Impulse bringen. Jetzt müssen wir auch auf der Riesbahn und der Jagstbahn vorankommen und die teilweise unsäglichen Zustände beenden.

Beim Straßenverkehr fordern wir Sie auf, bei Bund und Land mit Nachdruck die versprochenen Verbesserungen im Bereich der Kreuzungspunkte der B29 von der A7 bis Affalterried einzufordern. Für die Pendler ist der aktuelle Zustand jeden Tag eine Provokation!

Eine Provokation für andere Pendler ist auch die Situation auf der B19 im Bereich Aalen – Oberkochen. Der mit großem Getöse angestoßene Mobilitätspakt hat bisher fast nichts erbracht. Unser Verkehrsminister hat in diesem wichtigen Bereich bisher gelinde gesagt sehr wenige Akzente gesetzt. Und das, obwohl dort einige der wichtigsten Tech-Unternehmen des Landes Baden-Württemberg ihren Sitz haben. Das ist keine Standortpflege, das ist pure Verweigerung. Vielleicht könnten wir es ja einmal mit einem Radweg versuchen?!

Die CDU-Fraktion hat in diesem Jahr bewusst darauf verzichtet, zahlreiche personalintensive Anträge zu stellen. Wir wünschen uns, dass die Verwaltung mit ganzer Kraft an den Problemen des Kreises und seiner Einwohner arbeitet. Dafür verzichten wir gern auf tausende Seiten Papier als Nabelschau des Kreistages mit sehr begrenztem Effekt.

Der Haushalt des Jahres 2026 ist sicher eine Herausforderung für den Ostalbkreis. Es ist aber sehr gut, dass sich die Verwaltung an den vereinbarten Weg hält. Diese Verlässlichkeit schafft auch Vertrauen. Das heißt natürlich auch, dass Spielräume zu Gunsten der Kommunen genutzt werden sollten, wenn dies möglich und sinnvoll ist.

Ein positiver Aspekt ist sicher die hohe Steuerkraftsumme des Ostalbkreises, die es uns über eine hohe Kreisumlage etwas leichter macht unsere Aufgaben zu erfüllen. Sie ist letztlich dem unternehmerischen Erfolg unserer Wirtschaft zu verdanken. Unseren Unternehmerinnen und Unternehmern danke ich im Namen der CDU-Fraktion sehr!

Ob wir uns weiterhin auf die Kreisumlage als wesentliche Säule unserer Finanzierung in dem bisherigen Umfang verlassen können, wird sich zeigen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation sollte uns zur Vorsicht und zur weiteren Konsolidierung unseres Haushaltes mahnen. Nach wie vor haben wir kein Einnahmeproblem. Wir haben ein Ausgabenproblem.

Den Teil, den wir selbst zu verantworten haben, sollten wir zügig und entschlossen angehen. Jener Teil, der uns von anderen aufgebürdet wird, muss mit vereinten Kräften politisch angepackt werden.

Überhaupt sollten wir uns zunehmend fragen, was jeder selbst tun kann und zur Erhöhung der Schlagzahl in Deutschland und im Ostalbkreis beitragen kann. Jeder an seinem Platz kann hierzu einen Beitrag leisten. Jeder kann ein Möglich-Macher sein! In diesem Sinne sollten wir alle trotz schwieriger Haushaltslage mit Optimismus und dem Willen zur aktiven Gestaltung in die Zukunft schauen. Ich bin mir sicher, dass wir dann noch weitere olympische Momente auf der Ostalb erleben werden.

Selbstverantwortung und Eigeninitiative sind zwei entscheidende Faktoren. Der alles umsorgende und alle Probleme lösende Wohlfahrtsstaat ist jedenfalls nicht die Lösung. Er ist gegenwärtig das Problem!

Dazu nochmals ein Gedanke aus den 60er Jahren, erneut von Ludwig Erhard: „Bemühen wir uns darum auch, jedwede Forderung an den Staat nicht vorschnell mit dem Wort „sozial“ oder „gerecht“ zu versehen, wenn es in Wirklichkeit nur zu oft um partikuläre Wünsche geht!“.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Jahres 2026 zeugt von den großen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Unsere Aufgabe ist es, diese Herausforderungen gemeinsam zu gestalten. Ich freue mich auf einen konstruktiven, fruchtbaren Dialog und wäre sehr dankbar, wenn unsere Anregungen Ihre Zustimmung finden würden.

In diesem Sinne danke ich Ihnen Herr Landrat, für das offene Miteinander und die partnerschaftliche Zusammenarbeit das ganze Jahr über und besonders in den aktuellen Haushaltsberatungen!

Und ich danke Ihnen Herr Kurz, für Ihre Solidität und Ihre Expertise! Sie können Haushalt auch in schwerem Fahrwasser. Der Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung ebenso, vor allem am heutigen Tag der Kämmerei!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! Die CDU-Fraktion stimmt dem eingebrachten Haushalt, ausgenommen den in der Rede eingebrachten Vorschlägen und Konkretisierungen zu den Bundesmitteln zu!